

Politische Implikationen der Währungsunion und des Euro

Anfang des Jahres hielt Präsident Barroso eine vielbeachtete Rede. Vielbeachtet, weil Barroso als langweiliger Redner gilt und trotzdem, angesichts der Eurokrise mit aller ihm zur Verfügung stehenden Dramatik auf die Nachkriegsgeschichte Europas und seinen fast unglaublichen Wiederaufstieg erinnerte. Er stellte die Frage nach dem Preis dieser, in der europäischen Geschichte einzigartigen Friedensperiode, Prosperität und Staaterweiterung. Der Preis, den er anmahnte, war der Eurobond. Europäische Zeitungen berichteten ausführlich über diesen Appell mit Ausnahme der deutschen: Hier war lediglich von seiner unbegründeten Eurobondforderung die Rede; diese Forderung trug ihm auch die öffentliche Kritik der Kanzlerin ein. Die Episode wirft ein bezeichnendes Bild auf den politisch-historischen Kontext von Währungsunion und Eurokrise – und zugleich auf die europäische und vor allem deutsche Unfähigkeit, sich diesem Kontext und diesen politischen, historischen und strategischen Herausforderungen zu stellen. Auch auf die Gefahr, zu langweilen, sei an diesen Kontext und an diese Herausforderungen noch einmal erinnert: Entgegen den Lehrbuchdarstellungen war die europäische Integration nie selbstverständlich und zielgerichtet. Sie war und blieb ein „kollektives Abenteuer“ (Jacques Delors). Es war und bleibt ein Glücksfall, dass nach den verlorenen 70er Jahren, nach Stagflation, der Erosion eines staatseingebetteten Liberalismus, und der Diskreditierung eines bislang erfolgreichen Steuerungsmodells ein „Relance“ einsetzte – unter den neuen Leitbildern des Monetarismus, der „supply side economics“, und des Neoliberalismus. Das Projekt des Gemeinsamen Binnenmarktes setzte die Freiheit des Kapitalverkehrs und die Liberalisierung der Börsen voraus. Neue Technologien, neue Liberalisierungen, neue Börsenprodukte und neue Akteure, sie alle konvergieren und lassen einen neuen, globalisierten und sehr bald übermächtigen Finanzmarkt entstehen. Gegenüber diesem Markt sind die im europäischen Währungssystem gehaltenen Währungen sehr rasch nur noch Schießbudenfiguren, die nach Belieben herauf, herunter oder, wie das Britische Pfund 1992, herausgeschossen werden können. Alles das geschieht, bevor der Gemeinsame Binnenmarkt endgültig ausgehandelt, geschweige denn, eröffnet ist. Es ist unter dem Druck dieser Ereignisse, dass Jacques Delors die währungspolitisch

ohnmächtigen Regierungen für Verhandlungen in Richtung einer Währungsunion gewinnen kann. Der Weg zur Währungsunion folgte keinem Prädestinationsdreischnitt aus Zollunion, gemeinsamem Markt und Währungsunion. Es gab Ende der 80er Jahre niemals die kontemplative Ruhe des perfekten Designs, in der eine ideale Währungsunion hätte geplant werden können. Alle Beteiligten, Befürworter, ebenso wie lange Zeit die deutschen Skeptiker, waren von den Märkten zu Abwertung und Aufwertung getrieben, Gejagte und Jäger. Die Währungsunion war nicht die Erfüllung jahrzehntelanger finanzpolitischer Angleichung und harmonischer Vergemeinschaftung, der bereits 15 Jahre alte Streit zwischen Monetaristen und Ökonomen wurde nicht durch Argumente, sondern vom Ereignisdruck zugunsten der Monetaristen, der politischen Voluntaristen, entschieden. Hinzu kommen mindestens zwei weitere Parallelschübe. Während des Vertragsabschlusses zum gemeinsamen Markt und des Beginns der Währungsunionsverhandlungen zeichnet sich der Beginn einer Norderweiterung ab. Die Kommission hat alle Hände damit zu tun, diese Kandidaten zunächst in die Verlegenheitslösung eines sogenannten „Europäischen Wirtschaftsraumes“ abzuschieben – dies, um die zwei strategisch entscheidenden Verhandlungsprozesse vor diesen neuen Kandidaten abzusichern. Entscheidend und vor allem von den deutschen Teilnehmern heute vergessen, ist der zweite Parallelschub: Die seit Anfang 1990 sichtbar werdende Option auf deutsche Wiedervereinigung. Sie stellte nicht nur die beiden Großprojekte, den realisierbaren Binnenmarkt und die eventuelle Währungsunion, auf vollständig neue politisch-strategische Grundlagen. Wiedervereinigung bedeutete, dass der seit 1952 eingeleitete Integrationsprozess nach fast vier Jahrzehnten auf seine ursprüngliche Logik, seinen Ausgangspunkt zurückgeworfen wurde – diesmal auf höherer Ebene, im Rahmen einer neuen Asymmetrie. War es seit 1952 darum gegangen, ein 60 Millionen starkes Westdeutschland unter Gleichen, Frankreich, Italien, dann, 1973 Großbritannien, wirtschaftlich, politisch, militärisch einzubinden, so stellte sich seit 1990 die Frage, wie das künftig gelingen soll, mit einem 82 Millionen starken Gesamtdeutschland, das von nun an eine geostrategische Mitte und die verkehrstechnische und wirtschaftspolitische Drehscheibe Europas bilden konnte. Denn, neben der Option Wiedervereinigung stand eine weitere Option: eine künftige Osterweiterung der europäischen Gemeinschaft. Dies war die Perspektive, die Mitterand zu dem Urteil veranlasste, er liebe Deutschland so sehr, dass er gerne

zwei davon hätte. Allen Beteiligten, vor allem der Regierung Kohl war klar, dass ein 80 Millionen-Deutschland zu groß war, um sich problemlos der bislang westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzufügen; dass es andererseits zu klein war, diese zu dominieren – oder komplikationslos zu führen. Ein solcher Doppelkonflikt und eine solche Doppelblockade hätten das bisherige und das künftige Integrationswerk bedroht. Die einzige, auf den Anfang der europäischen Integration zurückweisende Möglichkeit war die europäische Selbstbindung eines wiedervereinigten Deutschlands – vorerst und vorrangig im Maastricht-Vertrag auf wirtschaftliche und politische Union. Selbsteinbindung in das nächste Stadium europäischer Makrointegration bildete den politischen Preis, das „Ticket“, zur Wiedervereinigung. Die Erwartungen der beiden Supermächte und der von ihnen überredeten europäischen Partner, gingen allerdings sehr viel weiter und tiefer. Mit der Wiedervereinigung nahmen sie ein für die europäische Machtbalance asymmetrisches, in Berlin zentriertes und nach eventueller Osterweiterung mittelpunktgelagertes Deutschland in Kauf. Im Gegensatz zu dieser Veränderung der Machtbalance und Geografie der Macht erwartete man, angeführt von der Bush-Senior-Regierung, ein neues „normales Deutschland“. Europäisch konstruktiv, außenpolitisch stärker engagiert, bei Bündnis- und Krisenfällen militärisch interventionsbereit – allerdings immer im europäischen, insbesondere im NATO-Kontext. Die parallel zum Kollaps des Ostblocks ausbrechende Jugoslawienkrise war die erste Nagelprobe des sich wiedervereinigenden Deutschlands. Aus amerikanischer Sicht war nicht überzeugend, mit welcher Unbedenklichkeit ein Grundprinzip der Nachkriegswelt, das Verbot von Sezessionen, im Falle Sloweniens und Kroatiens, außer Kraft gesetzt wurde. Zwar auf europäischer Ebene, aber maßgeblich auf Drängen der Bundesrepublik. Dennoch: die folgenden zwei Jahrzehnte stellten einer skeptischen europäischen Umwelt eben diese erhoffte Normalität unter Beweis: Vom Maastricht-Vertrag, zur Eröffnung des Gemeinsamen Binnenmarktes, während des Konvergenzregimes, über die Verhandlungen zur Osterweiterung, ebenso während der Jugoslawienintervention und am Ende, nach dem 11. September mit dem Afghanistaneinsatz. Alles in allem, die wiedervereinigte Bundesrepublik demonstrierte eine neue, von allen Seiten bewunderte Normalität. Diese ging selbst soweit, dass sie sich gemeinsam mit anderen Euroländern gegen den Stabilitätspakt verging und nur mit Mühe einen blauen Brief abwenden konnte. Allerdings: Die fast 20 Jahre von 1990 bis 2008 waren alles in allem Jahre des

Sonnenscheins. Wenn Banker Menschen sind, die Regenschirme bei Sonnenschein ausleihen, beim ersten Regen aber einsammeln, dann waren in dieser Zeit alle zufrieden, sogar die einstigen Euroskeptiker. Es zeigte sich aber noch weiteres: Ich greife nur drei Defizite, Versäumnisse und Gefahren heraus.

Erstens: Während sich die Währungs- und Wirtschaftsintegration beständig beschleunigte, während die Union von 15 auf 27 Mitglieder anwuchs, blieb die politische Union blockiert. Es gibt jenseits des Namens keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; das potentiell machtvolle Instrument der Wahlbeobachtung und der damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten wurde nie wirklich genutzt; in der UN, vor allem im Weltsicherheitsrat, sprechen nicht einmal die großen Länder der EU mit einer gemeinsamen Stimme; deshalb hat die EU weder im Mittleren Osten, in Zentralasien, in Südasien und noch weniger gegenüber China politisches Gewicht.

Zweitens: Der Schengenraum und sein notwendiges Korrelat, die Sicherung der Außengrenzen der „Festung Europa“ sichern die größte ökonomisch integrierte Wettbewerbsarena der Erde – sie sind aber kein Ersatz für eine rationale Einwanderungspolitik, für einen alternden, rohstoffarmen und militärisch machtlosen Subkontinent. Das gleiche Manko zeigt sich bei einer weiteren Zukunftspolitik, der Energiepolitik. Auch hier überwiegt, trotz der bitteren Erfahrung der 40 Jahre zurückliegenden Ölkrise, der nationalstaatliche Wettbewerb um Energielieferung, sei es aus Russland, aus dem Mittleren Osten, aus Afrika.

Entscheidend aber ist die dritte Entwicklung, der 1990 noch gar nicht absehbare Aufstieg der neuen ökonomischen und militärischen Großmächte Indien und China, flankiert vom Energiemonopolisten und Rüstungslieferanten Russland. Politische Uneinigkeit, strategisches Desinteresse, erschien in Zeiten ökonomischer Integrationsüberforderung, während der 90er Jahre, noch als lässliche Sünde. Deutschland war mit sich selbst, die EU mit der enormen Beschleunigung des „Widening and Deepening“ beschäftigt. Beides förderte und fördert bis heute eine beängstigende Introversion. Während die EU den ökonomischen Globalisierungsprozess mitträgt und vorrangig vom ihm profitiert, will sie von seinen politischen Erfordernissen und strategischen Risiken nichts wissen. Diese Blindheit potenziert sich im Falle Deutschlands. Spätestens seit der Jahrtausendwende sind aber mit Indien und China neue Träger der Weltökonomie und neue potentielle strategische Rivalen am europäischen Horizont erschienen. Die europäische Union,

diese Union der politischen Uneinigkeit, und der unterschiedlichen, der politisch langsamen und der wirtschaftlich beschleunigten Geschwindigkeiten hat diesen authentischen Riesen nichts entgegensetzen – außer einer quasi-politischen Illusionsarchitektur, die Währungsunion.

Die Union hatte die ihr durch Binnenmarktprojekt, Währungskrisen, osteuropäische Revolution und deutsche Wiedervereinigung gestellten Herausforderungen blendend gelöst – allerdings durch ökonomische, nicht durch politische Integration.

Notgedrungener Maßen hatte sie deshalb nur in die eine, in die europäische Richtung geblickt. „Un train peut cacher un autre“. Gerade jetzt, wo eine neue, eine internationale und eine politische Außenperspektive notwendig wäre, beginnt es 2008 zu regnen: Die Banken sammeln sofort die Regenschirme ein. Für die schon immer schwächeren, peripheren Euroländer Irland, Griechenland, Portugal, sehr bald Spanien und Italien, wird die Finanzkrise zur Wirtschafts-, Arbeitslosigkeits- und Liquiditätskrise: Die Eurokrise beginnt – im Falle Griechenlands seit zweieinhalb Jahren. Krisen, so eine optimistische Auffassung, sind jene Momente und Zäsuren, in denen alte Strukturen, Formen, Spielregeln und Erfahrungen versagen und die neuen noch nicht vollendet sind. Das ist selbstverständlich ein Optimismus with the benefit of hindsight. Für die Betroffenen sind Krisen umfassende Erfahrungen, die deshalb rasch zu Ratlosigkeit, Panik, Opportunismus und Streit führen. Die Eurokrise ist ein perfektes Beispiel. Als Chance wird sie selten, als Bedrohung immer begriffen. Ihre Totalität, ihre Unübersehbarkeit, verdankt sie mehreren Ursachen: Sie ist die Erweiterung einer Finanzkrise, die sich ihrerseits aus einem unüberschaubaren und unkontrollierbaren, globalisierten Finanzmarkt ableitete. Mit der Eurokrise rächt sich nach Jahrzehnten ein ökonomischer Integrationserfolg und ein politisches Integrationsdefizit. 20 Jahre beschleunigter Wirtschaftsintegration und territorialer Erweiterung haben die EU endgültig praktisch, selbstverständlich und zugleich hoffnungslos unverständlich gemacht. Wie das Brüsseler Motto sagt: Who understands is misinformed. Wirtschaftseuropa kommt aus der Steckdose. Europa seinen Bürgern zu erklären und nicht praktisch, konsumtechnisch, sondern demokratisch zu legitimieren, war nicht vorrangig. Der Mangel an politischer Einigung, an Supranationalisierung, verstärkte dieses Unverständnis zunehmend gepaart mit Gleichgültigkeit und einer politischen Malaise oder Ablehnung. Unter dem Gesichtspunkt des Verstehens und der wechselseitigen Verständigung ist die Eurokrise damit sicherlich eine der schwierigsten: Unverständnis und Skepsis

gegenüber einem globalen Finanzsystem, gegenüber einer unüberschaubaren europäischen Gemeinschaft und Währungsunion verstärken sich wechselseitig. Es rächt sich nunmehr, dass die europäische Integration über Jahrzehnte „in a fit of absent mindedness“ stattgefunden hat. Es rächt sich, dass die Schulen europäische Integration und etwa die Währungsunion nie wirklich erklärt haben. Dass Populisten das Gerede vom Brüsseler Moloch ungestraft verbreiten konnten und dass Provinzpolitiker oft genug in Brüssel den Europäer und auf dem Rückflug den Vaterlandsverteidiger gespielt haben. Die Eurokrise ist aber nicht nur eine Kommunikations- und Verstehenskrise, sie ist tatsächlich eine Zäsur und eine Chance, nach der optimistischen Auffassung des Begriffs. Nach fünf, fast sechs Jahrzehnten eins nur von Stagnation unterbrochenen Fortschritts, steht jetzt zum ersten Mal die Frage nach einem nicht zu stoppenden Kollaps oder eines weit in die Ländersouveränität, vor allem Deutschlands, hineinreichenden Fortgangs an. Die seit 1990 aufgeschobene Belastungsprobe eines immens erweiterten Europa, vor allem aber die Belastungsprobe für die neue Normalität eines wiedervereinten und asymmetrischen Deutschlands liegt damit seit inzwischen zweieinhalb Jahren auf dem Tisch – in Sichtweite der ganzen Welt.

Hier sollen nicht die der Totalität der Krise entsprechenden zahllosen und endlos vernetzten Dispute, Maßnahmen, Animositäten und Koalitionsbildungen beschrieben werden – in Europa allein über 150 Wochen und mindestens 17 Regierungen. Stattdessen soll ein wachsender Gegensatz aufgezeigt werden. Hier steht die Mehrheit der Eurostaaten, die US-Regierung, die Regierungen Indiens und Chinas und die Mehrheit der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen gegen ein zunehmend isoliertes Deutschland, das bis vor kurzem noch Holland, Finnland, Österreich und Estland zu seinen Bündnisgenossen zählte. Ein vergleichbarer Gegensatz zeigt sich aber auch bei den großen politischen Zeitungen mit El Pais, Le Monde, Washington Post, New York Times, Guardian etc. auf der einen, den meisten deutschen Zeitungen, allen voran Welt und FAZ auf der anderen Seite.

Vordergründig mag man hier auf ein wahres Chaos oder eine endlose Vielfalt von Positionen stoßen, entlang der Ausweitung der Krise zeigt sich aber ein klarer Gegensatz. Am deutlichsten manifestiert sich der Meinungsstreit im Economist. Immerhin jene Zeitschrift, die die Entstehung der Marktwirtschaft, des Industriekapitalismus und der modernen Demokratie fast seit ihren Geburtsstunden, seit 1843, begleitet und fortlaufend kommentiert hat. Hier, das bedeutet in der

westeuropäischen und angelsächsischen Welt, dominiert der Habitus des aufgeklärten, also demokratischen Egoismus, mit anderen Worten, ein pragmatischer, ein politischer Liberalismus: Dogmen nein, Prinzipien solange wie möglich, Opportunismus, wenn notwendig. Aus dieser Perspektive ist an einem Sparprogramm, an einem Fiskalpakt und künftig einer Fiskalunion nichts auszusetzen, allerdings, die Dosis macht hier das demokratische Gift. Wie Weltbank und IWF nach drei Jahrzehnten der unterschiedlichsten Typen von Strukturanpassungsprogrammen wissen, kann man hochmoderne, vollurbanisierte Bevölkerungen von 10 oder 60 Millionen Menschen nicht einfach Bruttosozialprodukteinsparungen im Bereich von 3 oder 4% innerhalb eines Jahres verordnen, ohne Massenaufstände, Massenelend, Anomie oder auch Sezessionen zu riskieren. Ob diese Reaktionen politisch, sozial oder soziologisch sind, sie sind in jedem Fall teuer. Es hat auch keinen Sinn, Sparprogramme für hochdifferenzierte 10 oder 40-Millionen-Gesellschaften mit moralistischen, sekundärtugendhaften Bewertungen zu dekorieren: Disziplin beibehalten, Sparwillen verstärken, nicht nachlassen. Da es sich um schreckliche, blinde und für die Mehrheit, also die Schwachen, ungerechte Maßnahmen handelt, müssen sie von Anfang an ergänzt werden, um Hilfen, Programme, die den eingeleiteten Kollaps der Kaufkraft, der Investitionsbereitschaft, der Beschäftigung, wenigstens symbolisch auffangen. Für diesen liberalen Pragmatismus steht alles europäische Handeln immer unter einem demokratischen Vorbehalt, demjenigen der Romverträge, nach wie vor geht es also darum, wirtschaftliche Mittel für politische Zwecke einzusetzen, nämlich für eine stärkere und engere demokratische und soziale Gemeinschaft. Vor allem verlangt dieser immer auch politische Pragmatismus statt dem too little too late der Einstimmigkeit ein rasches Handeln: Ob von „Firewalls“ oder „Bazookas“ die Rede war, von Anfang an, zumindest seit zwei Jahren, wurde das gefordert, was erst jetzt, Anfang September, allerdings in der falschen Institution durchsetzbar war: eine Erklärung aller großen Euro-Regierungen, der Euro sei irreversible, verbunden mit der Ankündigung entsprechender Maßnahmen. Im Gegenzug warnte dieser Pragmatismus vor einem gerade den Börsen entstammenden Selbstverstärkereffekt, demjenigen der „self-fulfilling prophecy“. Jedes achtlose Gerede um den eventuellen Austritt Griechenlands oder die eventuelle Teilung oder Auflösung der Eurozone bedroht die Länder oder die Währungsunion mit sich selbst verstärkenden und bestätigenden Panik- und Spekulationswellen. Dieser Pragmatismus ist nicht nur

demokratisch, er ist auch strategisch aufgeklärt. Er bittet seit zwei Jahren darum, die Sorge der USA, Chinas und Indiens um eine eventuelle Weltrezession ernst zu nehmen; er erinnert daran, dass mit dem Scheitern der Europaverfassung; mit dem de facto Stillstand um einen Türkeibeitritt und angesichts stagnierender politischer Einigung inzwischen Europa kein einziges Zukunftsprojekt mehr hat – außer der Währungsunion. Was will es eigentlich auf strategischer Ebene den neuen Wirtschafts- und Militärmächten des 21. Jahrhunderts entgegenhalten – den deutschen Weltexportmeister? Diesem Pragmatismus ist auch selbstverständlich, dass es in Gemeinschaften, vor allem in demokratischen Gemeinschaften immer um Diskussion, dann um Meinungsführerschaften und am Ende um Mehrheiten und Minderheiten geht. Themen können nicht einfach verboten werden, Verträge sind demokratische Mechanismen, sie können neu verhandelt werden. Vertragswidrigkeit reicht in den ältesten Demokratien der Erde nicht als Meinungs- und Diskussionsverbot aus. Integration ist hier gerade jener Prozess, der neue Verträge erzwingt, der die dadurch geschaffenen Strukturen schließlich wiederum sprengt und damit neue Verträge, also neue Regeln und Ordnungen ermöglicht und erzwingt. Und eben dieser Prozess muss vorgeschlagen, debattiert und entschieden werden. Wie es einst hieß: The commission proposes, the parliament debates, the council disposes. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Krise exakt jene Chance, mit Neuem, mit neuen Notwendigkeiten, zu experimentieren: "Vertragswidriges" Intervenieren der EZB im Markt, Diskussionen über vertragswidrige Eurobonds, sind damit kein Verbrechen, die einzig legitime Frage kann sein: Sind sie ein Fehler? Eine ähnliche Haltung zeigt sich auch bei der eventuellen Folgewirkung der neuen EZB-Intervention, Inflation. Das politische, demokratische Diskussion- und Entscheidungsgeschäft besteht aus dem Abwägen – von Risiken, Kosten, Gefahren. Alle Euroländer und Europolitiker kennen Inflation und Deflation. Sie kennen selbst die deutsche, von 1923 und eine Deflation und Weltwirtschaftskrise, diejenige von 1929, die einen Hitler an die Macht brachte. Manche Europäer halten Deflation für schlimmer als Inflation. Auch unterscheiden diese Pragmatiker zwischen 1%, 10% oder 100% Inflation. Für diese Westeuropäer und Angelsachsen sind das erhebliche Unterschiede: Zwischen einer Begriffsspielerei, einer ernsten Belastung und einer Katastrophe. In dieser Denktradition ist Inflation kein apokalyptisches, sondern ein gradualisierbares Übel. Der hier angesprochene pragmatische Liberalismus ist grundsätzlich mehrdimensional. Er wägt beispielsweise Inflation gegen eine

explosive Jugendarbeitslosigkeit, politische Instabilität und Banken- und Liquiditätszusammenbrüche ab. Gegenwärtig sieht sich dieser Pragmatismus mit vier Krisenländern konfrontiert, deren Regierungen inzwischen ausgewechselt wurden. In Griechenland herrscht politische Radikalisierung und Verelendung; in Spanien Verelendung und die Gefahr einer Wiederbelebung zweier Autonomiebewegungen. Diesem pragmatischen Konsens, der für eindeutige Bekenntnisse zum Euro und „Firewalls“ eintrat, der Sparerleichterungen forderte, gewagte Notmittel, entsprechende Vertragsinterpretationen und etwaige Inflation riskierte, diesem Pragmatismus hat sich Deutschland von Anfang an verweigert. Dem entsprechend hat sich über zweieinhalb Jahre die Krise absehbar ausgeweitet, die innereuropäischen Spannungen haben sich verschärft, die Isolation Deutschlands hat zugenommen, ebenso wie seine innenpolitische Zerstrittenheit. Man kann diese Entwicklung optimistisch, als Komplementarität begreifen. Europe at work, der vermeintlich Klassenbeste als best Practice. Man kann es allerdings auch pessimistisch sehen – im Lichte der deutschen Vorgeschichte und neuen Asymmetrie. Zumindest nach Meinung einer Eurostaatenmehrheit hat Deutschland die vor zwei Jahrzehnten entstandenen Erwartungen auf Normalität und einer pragmatischen, also der Komplexität Europas angemessenen Führungsrolle in dieser größten Krise der Integrationsgeschichte nur begrenzt erfüllt. Hierzu ein kurzer Katalog jener Slogans, Denkverbote, Sonderregelungen und Umgangsformen, die der deutschen Öffentlichkeit und Regierung als selbstverständlich erscheinen, von der europäischen Umwelt allerdings als wachsend, unsinnig, unfair und gefährlich erscheinen. Selbstverständlich haben 20 Jahre innenpolitischer Selbstbeschäftigung und einer neuen Mittellage und Asymmetrie hier zu einer optischen Illusion beigetragen. Wenn man ständig unter 80 Millionen zu Hause ist, hält man seine Mehrheitsmeinungen rasch für Selbstverständlichkeiten. In einem unübersehbaren Europa vergisst man, dass man eine Minderheit gegen 26 andere Staaten und 420 Restmillionen ist. In Euro-Europa wie in allen anderen demokratischen Gemeinwesen geht es aber um Mehrheitsmacht und darum, wie man Mehrheiten überzeugt. Dabei fällt auf, wie wenig die Dauerflut der Talkshow, der Kommentatoren, der Reporter und der Buchautoren die Nähe und Vielfalt Europas zur Kenntnis nehmen. Seit zweieinhalb Jahren bleibt die Eurokrise in den Talkshows deutschen Politikern, deutschen Journalisten, allenfalls deutschen Ökonomen und Börsenpraktikern überlassen. Kaum ein deutscher Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologe ist

hier zu finden. Europa und Währungsunion haben ersichtlich mit Geschichte, Politik und Gesellschaft fast nichts zu tun. In Zeitungen zeigt sich das Gleiche.

Entscheidend aber ist, Deutschland lebt anscheinend seit zweieinhalb Jahren nicht mehr in Europa: Französische Politiker, spanische Ökonomen, amerikanische Historiker, generell ausländische Journalisten sind im Fernsehen oder in Zeitungen zu diesem Thema selten zu finden. Dabei sprechen sie oft Deutsch, oft ein gepflegteres als Herr Söder und Herr Dobrindt. Ein solcher Narzissmus hat Folgen. Irgendwann blenden die eigenen Bilder und Meinungen, die Perspektiven, die Geschichte, die Erfahrungen und die Interessen aller anderen aus. Das zeigt sich bereits bei dem ersten Listenpunkt:

„Wir sind nicht die Zahlmeister Europas“: Dieser seit Kanzler Schröder nicht mehr rückholbare Populismus lässt die Tatsache vergessen, dass alle Gemeinschaftsprojekte und selbstverständlich auch die Rettungsschirme von allen, gemessen an der jeweiligen Wirtschaftsstärke finanziert wurden und werden – wie denn sonst möchte man deutschen Provinzpolitikern und Journalisten entgegen halten. Dass Deutschland 27%, Frankreich 21%, Italien 18% und Kleinmalta nur Bruchteile in den Rettungsschirm einbezahlen, ist der Tatsache geschuldet, dass qua Wiedervereinigung ein 82 Millionen starkes Deutschland ein größeres Bruttoinlandsprodukt umfasst als die Maltainsel. Kein französischer Politiker jenseits von Merin Le Pen hat sich ein solches Schlagwort jemals zu Eigen gemacht. Der Satz erweitert sich sehr rasch zu einem Denkverbot, einem vorauseilenden politischen Sperrmanöver: „Europa darf keine Transferunion werden“. Wieso nicht? Unter dem Druck der Süderweiterung und der britischen Premierministerin Thatcher wurde 1986 die bis heute gültige Budgetreform und Budgetbeschränkung eingeführt. Seitdem darf das Budget der größten ökonomischen Supermacht der Erde nie mehr als 1,2% des kombinierten europäischen Bruttoinlandsprodukt und 2,3% der kombinierten Budgets der EU-Mitglieder betragen – dies, während die Budgets moderner Industriestaaten bei 30 bis 40% des Bruttoinlandsprodukts liegen. Die von Thatcher zu Recht initiierte starke Steigerung der Strukturhilfen sind überwiegend Transfers in die schwächeren Südländer: Sie haben unendlich viel Gutes bewirkt: Die Modernisierung stagnierender Agrarstaaten. Sie haben Kaufkraft geschaffen für den deutschen Exportweltmeister. Sie bildeten und bilden den politischen Preis bis heute für die Verabschiedung der Währungsunion und die Osterweiterung – der Kohäsionsfond. Wenn die Währungszone erhalten, stabilisiert, eventuell erweitert

werden soll und wenn die EU als Ganzes gegenüber neuen politischen und militärischen Herausforderungen Bestand haben soll, kann sie auf Dauer bei ihrem minimalistischen Budget nicht stehenbleiben, und Transfers an schwächere Mitglieder werden erfolgen müssen. Eurobonds beinhalten de facto einen solchen Transfer. Mit Begriffen wie „keine Schuldenunion“, „keine Transferunion“ werden Denk- und Debattenverbote ausgesprochen, die sich auf Dauer politisch nicht durchsetzen lassen und die im Übrigen demokratisch unsinnig sind. Ein einzelnes Land kann nicht durch Ukas die berühmte „Lufthoheit über den Stammtischen“ für sich reservieren. Im Übrigen hätte nicht einmal Frau Thatcher damit gerechnet, dass ein politischer Budgetkompromiss auch noch für das 21. Jahrhundert und für 27 Staaten bindend bleibt. Die Sprachpolitik dient der Manipulation der Diskussionsagenda. Fiskalunion gut, Schuldenunion, Transferunion schlecht. Daneben treten zugleich atavistische Ängste, vor allem die Angst vor Inflation. Während alle Wirtschafts- und Großmächte und fast alle Eurostaaten eine Deflation und Rezession fürchten, ängstigt man sich in Deutschland vor allem vor einer Inflation. Dabei nimmt man in Kauf, dass die Mehrheit der Deutschen, die die mythische Inflation von 1923 nicht erlebt haben, inzwischen anscheinend davon überzeugt sind, Hitler sei 1923 und nicht dank einer Deflation und Weltrezession an die Macht gekommen, nämlich nach 1929. Neben die wachsend irrationale Macht falscher Bilder, Begriffe und Erinnerungen tritt ein komplexitätsreduzierender Diskurs der individualisierten Verantwortung und der Sekundärtugenden: Das Haus in Ordnung halten, Hausaufgaben machen, Gürtel enger schnallen, nicht über die Verhältnisse leben, zu ordentlicher Haushaltsführung zurückkehren. Das Haus Europa als schwäbisches Sparschwein. Nicht nur, dass die Finanzkrise 2008, die eigenen Exportgeschäfte und vor allem die eigenen Schuldensünden ausgeblendet werden, man kapituliert vor der Komplexität, man schrumpft sie auf eine Gefühls- und Moralebene, die ein Argumentieren mit nationalen Stereotypen ermöglicht: faule Griechen, reformunwillige Italiener, spanische Siesta und spanische Blase. Ethnische Stereotypen werden im Boulevard salonfähig und bayrische Politiker, Mitglieder der Regierungspartei, bezeichnen Draghi als Falschmünzer, beschimpfen Jean Claude Juncker, immerhin Sprecher der Euro-Gruppe und Ministerpräsident, und fordern den „Grexit“. Diese ganze Erregung kontrastiert mit einem donnernden Schweigen zu jenen drei Krisenfaktoren, die in allen übrigen Hauptstädten für maßgeblich gehalten werden: Die einer Währungsunion inhärente Unmöglichkeit, abzuwerten, eine

Unfähigkeit, die kleine oder wirtschaftlich schwache Länder besonders trifft; sodann der deutsche Exportüberschuss und schließlich das deutsche Alleinstellungsmerkmal: die kategorische Ablehnung vom Mindestlöhnen. Wie sollen kleinere Länder gegenüber einer solchen dreifach privilegierten 80 Millionen-Industrie- und Exportmaschine Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen? Deutschlands Öffentlichkeit und Eliten bringen es seit zweieinhalb Jahren fertig, diese Zentralfragen zu ignorieren oder unter Nebensächlichkeiten zu begraben. Dies führt zu einer weiteren Frage: Selbst wenn der Markt, der europäische Wettbewerb als Boxkampf, als Nullsummenspiel und Knock-Out-Arena begriffen werden sollte, sollte das auch für Staaten, für die Europäische Union als Ganzes gelten? Alles das bildet den Hintergrund für ein politisches Rollen- und Entscheidungsspiel, das noch stärker irritiert. Seit zweieinhalb Jahren hat Deutschland außer dem Selbstzuchtregime eines Fiskalpaktes zur Lösung der Krise nichts angeboten. Die Regierung hat loyal bei den beiden Rettungsschirmen mitgewirkt – sie ist aber der wachsenden innerdeutschen Skepsis und Häme nicht entgegengetreten. Die Gebetsformel „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, „der Euro liegt im deutschen Interesse“ überzeugt keinen. Den Initiativen der EZB ist sie negativ oder mit Skepsis begegnet; Eurobonds hat sie abgelehnt – „nicht zu meinen Lebzeiten“. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung für ihre Staatsanleihen keinen Zins bezahlen muss und an dem der Economist folgendes zu bedenken gab: Deutschland könne angesichts der Zinsmehrbelastung durch Eurobonds sich endlich ausrechnen, was ihm die Mitgliedschaft in der Eurozone wert sei. Auch die Idee eines Schuldentilgungsfonds wird abgelehnt und erhält keine Debattenberechtigung. Selbst einzelne Zeitungen kritisieren inzwischen: Wer seit zweieinhalb Jahren „nyet“ sagt, muss irgendwann auch einmal sagen, was er eigentlich will. Hinhaltender Widerstand und offene Blockade verbinden sich mit einem Parlamentsvorbehalt und einer Sonderstellung des Bundesverfassungsgerichts. Wie der Sprecher der Eurogruppe Jean Claude Juncker mit kaum verhülltem Zorn mehrfach anmerkte: Auch andere Länder haben Parlamente und fast alle Verfassungsgerichte. Der europäische Integrationsprozess – etwa die Osterweiterung oder Schengen – wären schon längst kollabiert und die Eurozone zusammengebrochen, würden alle 27 bzw. 17 Mitgliedsstaaten ihren Verfassungsgerichten und ihren Parlamenten die gleichen Prärogativen über die Europäische Union einräumen wie Deutschland. Über die Jahrzehnte vor der Krise, seit 1972, hat man sich in Europa daran gewöhnt, dass Deutschlands

Verfassungsgericht den Integrationsprozess mit besonderer Sorgfalt und besonderen Auflagen verfolgt: „Im Prinzip ja – aber“. Im aktuellen großgewordenen Deutschland der Währungskrise bedeutet dieses Gewohnheitsrecht, dass urplötzlich das ohnehin schwierige Geschäft der Eurorettung sich zusätzlich auf einen im Maastricht-Vertrag nicht vorgesehenes Urteilszentrum ausrichten muss: „Karlsruhe spricht – Europa zittert“. Für die Mehrheit der deutschen Bürger ist das nicht nur selbstverständlich, sie privilegieren sich dank dieser Sonderstellung gerne selber – als mustergültige Demokraten. Dass Europa und die Währungsunion diese Extravaganz vermutlich nur einmal, nur für ein Land ertragen, da ansonsten Europapolitik, Währungspolitik und eine angemessene Reaktion auf die Märkte endgültig unberechenbar werden, stört Europas Musterdemokraten nicht. Ebenso wenig stört es deutsche Bürger (oder einen Gauweiler – auch er Mitglied einer Partei, die die Regierung stellt), dass das Verfassungsgericht zur politischen Zukunft Europas Stellung nimmt und hier meistens „ja – aber“ dekretiert: Auch von ehemaligen Verfassungsrichtern, *Præceptores Germaniae*, wurde mehrfach diese Skepsis gegenüber einer politischen Union Europas geäußert. Europa habe keine gemeinsame Geschichte, keine einheitliche Sprache; es sei keine Geschichts-, Sprach- und Kulturnation. Die vereinten Staaten von Europa seien unmöglich oder bedürften einer besonderen Begründung. Ein gutes Viertel der Staaten dieser Erde, allen voran Indien, ein Sechstel der Erdbevölkerung, wären nach diesen Argumenten unhaltbare Provisorien. Der Gedanke der demokratischen, der voluntaristischen Nation wird als unrealistisch eingeschätzt. Zusätzlich zeigt sich eine Opposition, die bei der Euro-Rettung weitgehend zerstritten ist: SPD und Grüne tragen die Rettungsmaßnahmen, fürchten ebenso wie die Regierungskoalition die von der Politik selbst geweckten Ängste vor Inflation und unkontrollierbaren Zahlungsverpflichtungen, ebenso wenig aber wollen sie in der Öffentlichkeit dramatisch für Europa eintreten. Die PDS gibt sich international, hinternational (D. Brössler, SZ): Um die armen Griechen zu schützen und um internationale Solidarität zu üben, lehnt sie den ESM ab. Deshalb finden sich in der bislang größten Karlsruher Sammelklage Gregor Gysi Seite an Seite mit einer schwäbischen Rechtspietistin und einem CSU-Gauweiler. Wie ausländische Kommentatoren bemerkten, hat Deutschland die Weltsprachen und die Weltliteratur nicht nur mit dem Wort „Schadenfreude“, sondern auch mit „Michael Kohlhas“, mit „Weltanschauung“ und mit „Kauder-Welsch“ bereichert.

Eine Regierung, die seit 30 Monaten nicht führt, sondern sich Kompromisse abringen lässt, zumeist too little, too late. Eine Kanzlerin, die – nach T. G. Ash, Foreign Affairs – vorrangig die 4 „B“ fürchtet – Bundestag, Bundesverfassungsgericht, Bundesbank und Bild. Eine Wählerschaft, die Europa will, immer zu berechenbaren oder minimalen Kosten und die dem Euro misstraut. Eine Opposition, die der Popularitätsbonus der Kanzlerin fast versteinert hat und die nicht wagt, gegen die Ressentiments ihrer Wähler vorzugehen. Schließlich ein Verfassungsgericht wie der Martinsumzug: „Ich geh‘ mit meiner Laterne und meine Laterne mit mir, da oben leuchten die Sterne, in Karlsruh‘ da leuchten wir“; ein Umzug, der bislang noch nicht sein selbstkritisches Ende fand: „Mein Licht ist aus, ich geh‘ nach Haus, Rabimmel, Rabammel, Rabum“ (Heribert Prantl, SZ). Deutschland im dritten Krisenherbst. Bahnt sich ein deutscher Sonderweg an, diesmal inmitten Europas, an der Spitze der EU? Ein Sonderweg auf Kosten der Geduld der Mitgliedsstaaten und der, in die Rezession gesparten Krisenländer? Keiner kann das wollen. Ironie der Geschichte: Thomas Mann wollte stets ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa. Jetzt aber droht ein (fiskalunionistisch) deutsches Europa, in dem Deutschland sich europäisch gibt – musterdemokratisch, parlamentshoheitlich, offen für griechische und spanische Gastarbeiter. Es ist zu hoffen, dass die verspätete demokratische Nation sich auf die vor 20 Jahren neu definierten Erwartungen besinnt und im Einklang mit der Mehrheit der EU-Staaten führt: also demokratisch hegemonial: „Stoop to conquer“, „beuge dich, um zu gewinnen“.